

Frauen wollen keine Wehrpflicht für Frauen

(25.04.2023) Die Verteidigungsfähigkeit des Landes wird von der Bevölkerung als gering eingeschätzt. Für die Aufstockung des Verteidigungsbudgets spricht sich trotzdem nur die Hälfte der Österreicher:innen aus. Auch eine engere Kooperation mit der NATO findet keine Mehrheit. Ein Großteil ist hingegen für die Beibehaltung der Neutralität und der allgemeinen Wehrpflicht. Der freiwillige Grundwehrdienst für Frauen stößt auf hohe Akzeptanz, eine Ausweitung der Wehrpflicht auf Frauen wird jedoch mehrheitlich abgelehnt.

Nur knapp ein Fünftel der Befragten ist der Ansicht, dass Österreich ausreichend gegen militärische Angriffe aus dem Ausland gerüstet ist. Drei Viertel meinen, dass dies nicht der Fall ist, 6% konnten dazu keine Angaben machen. Das ergibt die neueste Umfrage des Österreichischen Gallup-Instituts*.

Sicherheitsstrategie: Neutralität ist für die Bevölkerung unverhandelbar

Ähnlich wie im Mai letzten Jahres befürwortet die Hälfte der Bevölkerung eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben in Österreich, rund ein Drittel ist dagegen, etwas weniger als ein Fünftel zeigt sich bei dieser Frage unentschlossen. Mit dem Alter steigt die Zustimmung zur Aufstockung des Verteidigungsbudgets. Während sich 41% der Bevölkerung bis zum Alter von 30 Jahren dafür aussprechen, sind es bei den 31- bis 50-Jährigen bereits 48% und bei den über 50-Jährigen 54%.

Wenn es darum geht, ob es für die Sicherheit Österreichs vorteilhafter ist, Neutralität zu bewahren oder der NATO beizutreten, stimmen 77% der Österreicher:innen der Beibehaltung der Neutralität zu. Das sind in etwa so viele wie zu Beginn des Ukraine-Krieges (78%) und etwas mehr als im Mai letzten Jahres (71%). Ein geringer Anteil von 17% hält einen NATO-Beitritt für zielführender, 6% haben dazu keine Meinung. Die Zustimmung zur Neutralität überwiegt quer durch die Anhängerschaft aller parlamentarischer Parteien, wenngleich sie bei den Grün-(65%) und den NEOS-Sympathisant:innen (59%) weniger stark ausgeprägt ist. Die meisten Verfechter der Neutralität finden sich in den Reihen der FPÖ-Affinen (89%).

Weniger einig ist sich die Bevölkerung hingegen bei der Frage, ob Österreich enger mit der NATO zusammenarbeiten sollte: 39% bevorzugen eine stärkere Kooperation, 44% sind dagegen. Die Befürworter:innen einer engeren Zusammenarbeit sind am häufigsten unter den Anhänger:innen der Grünen und der NEOS vertreten (jeweils 62%). Gegen eine Intensivierung der Kooperation mit dem Verteidigungsbündnis äußern sich überdurchschnittlich häufig die FPÖ-Sympathisant:innen (69%).

65% der Österreicher:innen befürworten derzeit die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht. 27% sprechen sich für ihre Abschaffung aus und 8% sind unentschieden. In allen Altersgruppen plädieren mehr Menschen für die Beibehaltung als für die Abschaffung. Ältere Personen befürworten die Wehrpflicht jedoch deutlich stärker als jüngere (bis 30 Jahre: 53%, 31-50 Jahre: 62%, über 50 Jahre: 72%).

"Hinsichtlich der Sicherheitsstrategie Österreichs herrscht in der Bevölkerung eine gewisse Ratlosigkeit. Die Neutralität wird als unverhandelbar betrachtet, gleichzeitig bestehen Zweifel an der Verteidigungsfähigkeit des Landes. Während über die Beibehaltung der Wehrpflicht weitgehend Konsens besteht, finden sich keine absoluten Mehrheiten für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben oder eine intensivere NATO-Kooperation", kommentiert die Leiterin des Österreichischen Gallup-Instituts, Andrea Fronaschütz, die Ergebnisse der Umfrage.



Absage an die Wehrpflicht für Frauen

Auf breite Zustimmung stößt die seit Anfang April bestehende Möglichkeit eines freiwilligen Grundwehrdienstes für Frauen (84%). Der Einführung einer Wehrpflicht für Frauen steht die Bevölkerung jedoch mehrheitlich skeptisch gegenüber: 31% sind dafür, 62% dagegen und 7% unentschlossen. Die Meinungen der Männer und Frauen gehen bei diesem Thema deutlich auseinander: Männer befürworten die Wehrpflicht für beide Geschlechter zu 44%, bei Frauen beträgt dieser Anteil lediglich 19%. 75% der Frauen sind strikt dagegen.

Die Ablehnung wird am häufigsten damit begründet, dass Frauen genug andere Verpflichtungen, wie z.B. Kindererziehung, haben (47%). Diese Meinung wird von Frauen und Männern gleichermaßen geteilt. 42% der Gegner:innen der Frauen-Wehrpflicht meinen, dass diese "erst dann eingeführt werden soll, wenn Frauen in allen anderen Bereichen den Männern gleichgestellt sind". Der weibliche Teil der Bevölkerung (47%) vertritt diesen Standpunkt wesentlich häufiger als der männliche (35%). 25% jener, die sich gegen eine Wehrpflicht für Frauen äußern, argumentieren damit, dass Frauen körperlich nicht für das Militär geeignet sind. 27% sagen, dass Frauen schon jetzt Zivildienst leisten und 21% befürchten, dass sie beim Bundesheer sexueller Belästigung ausgesetzt wären.

87% der Befüworter:innen der Wehrpflicht für Frauen sind davon überzeugt, dass Frauen die gleichen Rechte und die gleichen Pflichten wie Männer haben sollten. 58% glauben, dass ein verpflichtender Wehrdienst für Frauen die Gleichberechtigung der Geschlechter in der Gesellschaft fördern würde. 46% sagen, dass Frauen und Männer in gleichem Maße zur Landesverteidigung beitragen sollen. Ebenso viele vermuten, dass das Bundesheer und der Zivildienst von den Kompetenzen der Frauen profitieren würden. 31% gehen davon aus, dass die Ausweitung der Wehrpflicht auf Frauen dem Personalmangel beim Bundesheer und im Zivildienst entgegenwirken würde.

"Der Wehrpflicht für Frauen wird eine deutliche Absage erteilt, in erster Linie von den Frauen selbst. Interessanterweise berufen sich sowohl Befürworter:innen als auch Gegner:innen auf Geschlechtergleichstellung. Die Befürworter:innen argumentieren damit, dass die Ausweitung der Wehrpflicht auf Frauen ein Schritt in Richtung mehr Gleichberechtigung bedeuten würde. Die Gegner:innen sehen darin wiederum eine weitere Verschärfung der Ungleichheit. Der freiwillige Grundwehrdienst kommt den unterschiedlichen Auffassungen von Geschlechtergerechtigkeit anscheinend näher", meint Fronaschütz abschließend.

Rückfragehinweis: Andrea Fronaschütz a.fronaschuetz@gallup.at Tel. +431 470 47 24 - 13

Das Österreichische Gallup-Institut Lobkowitzplatz 1 1010 Wien

Für Rückfragen und Interviews außerhalb der Bürozeiten: + 43 699 10151859

Foto: Andrea Fronaschütz, frei zum honorarfreien Abdruck, www.beahasler.at

* Gallup-Stimmungsbarometer: Eigenstudie des Österreichischen Gallup-Instituts, 1000 Personen repräsentativ für die (webaktive) österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren (Methode: "Computer Assisted Web Interviewing" im Gallup-Onlinepanel, durchgeführt zwischen 18. und 20. April 2023)